



Was kommt danach? Das Felix Platter-Spital in Basel, heutiges Geriatriezentrum der Region

Ja zur gemeinsamen Geriatrie, aber nicht erst übermorgen!

An einer gemeinsamen Fraktionssitzung haben die SP-Fraktionen des Landrates Baselland und des Grossen Rates Basel-Stadt beschlossen, die Planung eines gemeinsamen Geriatriespitals energisch voranzutreiben. Dies aufgrund der demographischen Entwicklung der beiden Kantone, aber auch aus volkswirtschaftlichen und bildungstechnischen Gründen. Die Zeit drängt, da sowohl das Felix Platter-Spital als auch das Bruderholzspital hohen Sanierungsbedarf haben und alljährlich Millionen brauchen, um die feuerpolizeilichen Vorschriften einzuhalten oder die Infrastruktur funktionstüchtig zu erhalten. Pia Fankhauser (Landrätin) und Salome Hofer (Grossrätin) beziehen Stellung.

SICHT BASELSTADT

Die Fakten: Baselland verzeichnet eine starke Bevölkerungszunahme. Die demographische Entwicklung verläuft damit dynamischer als noch vor einigen Jahren gedacht. Dies wirkt sich trotz neuer Spitalfinanzierung auf die Nachfrage nach Spitalbetten aus. Zwar werden die Spitalaufenthalte schon seit Jahren kürzer, aber natürlich gehen sie nie gegen null. Auch nicht mit den neu eingeführten Fallkostenpauschalen.

Gleichzeitig werden Menschen mit chronischen Krankheiten älter, was die Versorgung komplexer macht und die Nachfrage nach stationärer Behandlung erhöht. Die Medizin erfährt parallel dazu eine deutliche Spezialisierung, braucht aber zur Qualitätssicherung auch bestimmte Fallzahlen. Deshalb macht ein Geriatriespital Sinn.

Akutgeriatrie, Rehabilitation, teilstationäre Angebote, Vernetzung mit externen Diensten

«Der integrierten Versorgung gehört die Zukunft.»

– all dies sind Bestandteile eines Geriatriespitals. Der integrierten Versorgung gehört die Zukunft. Ein Geriatriespital sollte dabei ein Akutspital in der Nähe haben, um die Grundversorgung und die Triage zu gewährleisten und um Synergien zu nutzen. Die Behandlungskette (stationäre Behandlung, Rehabilitation, ambulante Dienste) ist im gemeindeorganisierten Baselland eine Herausforderung. Man denke an die über 20 verschiedenen Spitexdienste

in Baselland, die mit dem Spital vernetzt werden müssen. Aus medizinischen und ökonomischen Gründen ist die Behandlungskette unabdingbar. Dabei können wir vom Felix Platter-Spital lernen und dieses Wissen in das Geriatriespital integrieren.

→ Seite 9

Es gilt auch die Wertschöpfung eines Spitals zu berücksichtigen. Gerade im wirtschaftlich nicht so starken Baselbiet ist ein innovatives Geriatriespital mit Ausstrahlung in die ganze Region eine Chance. Es bietet Ausbildungs- und Arbeitsplätze in diversen Berufen und unterstützt die lokale Wirtschaft. Das Ganze muss als Chance gesehen werden und nicht nur unter dem Aspekt der Kosten.

Nicht zu vergessen ist der Bildungsaspekt: die Fachhochschulberufe wie Pflege, Ergo- und Physiotherapie brauchen die Spitäler für ihre Ausbildungen. Das Bildungszentrum für Gesundheit steht auf Baselbieter Boden. In der zunehmenden Spezialisierung der Berufe ist die Geriatrie ein eigenes Fachgebiet. Wollen wir wirklich Fachleute, müssen wir in die Ausbildung investieren. Besser heute als morgen! Und nur zusammen mit Basel-Stadt.

Pia Fankhauser, Landrätin SP BL



AGENDA SP BASELLAND

Donnerstag, 8. März 2012

Internationaler Frauentag

Sonntag, 11. März 2012

Gemeindewahlen

Abstimmungen

Dienstag, 13. März 2012

Stammtisch der SP Pratteln, Diskussionen zu den Gemeindewahlen.

Restaurant Schlossgarten, ab 19 Uhr

Mittwoch, 14. März 2012

Sektionskonferenz, Basel

Dienstag, 20. März 2012

Sessionsgespräch mit Susanne Leutenegger Oberholzer und Eric Nussbaumer

Foyer der Dreifachturnhalle, Schulanlage Hofmatt (Bündtenweg), 20.15 Uhr

Montag, 26. März 2012

Denkfabrik

Alte Post, Allschwil, 19.30 Uhr

SICHT BASEL-STADT

Basel-Stadt muss sich Gedanken über die Zukunft der geriatrischen Spitäler machen und nach Lösungen suchen. Die demographischen Veränderungen in den nächsten 10 Jahren werden dazu führen, dass mehr Menschen über 65 Jahren in Basel-Stadt leben werden. Die Menschen haben ein Anrecht auf eine qualitativ hochstehende und angepasste gesundheitliche Versorgung im Falle einer Krankheit und Pflege-notwendigkeit. Durch die Diagnose-bezogenen Fallpauschalen (DRG) werden in Zukunft wahrscheinlich mehr Personen, auch jüngere, auf Pflegeleistungen nach einem Spitalaufenthalt angewiesen sein, da die errechnete Fallpauschale nicht bei allen Patienten für eine ausreichende Pflegezeit ausreichen wird. Dies wird vor allem ältere PatientInnen betreffen, da deren Erholungszeit im Schnitt höher ist.

Auf Grund dieser Entwicklung versucht der Kanton Basel-Stadt seit mehreren Jahren zusammen mit dem Kanton Baselland eine gemeinsame Geriatrie voranzutreiben. Bis im

«Klare Entscheidungen für die gemeinsame Spitalplanung müssen jetzt gefällt werden.»

Jahre 2009 sah das Projekt gut aus und war auf Kurs, seither ist nicht mehr viel passiert. Die Projektierungskosten sind ausgegeben, das Projekt hingegen stagniert.

Basel-Stadt gerät mehr unter Druck, da das Felix Platter-Spital, das bis anhin das geriatrische Zentrum in Basel war, in den nächsten Jahren aus feuerpolizeilichen Gründen nicht mehr als Spital betrieben werden kann. Basel-Stadt braucht Ersatz.

Für April 2012 hat Baselland eine Entscheidung betreffend den gemeinsamen Geriatriestandort in Aussicht gestellt. Für Basel-Stadt muss dieses Datum verbindlich sein, damit im Falle eines Rückzugs des Partnerkantons alleine weitergeplant werden kann, um den EinwohnerInnen eine angepasste und hochstehende Geriatrie bieten zu können, die in Zukunft noch viel wichtiger sein wird, als sie jetzt bereits schon ist.

In der Gesundheitslandschaft, wie sie sich jetzt präsentiert, sind verbindliche Abmachungen und Entscheidungen elementar. Vieles verändert sich, die Folgen sind noch nicht im Detail ersichtlich und deshalb braucht es gemeinsame, verbindliche Planungen. Und trotzdem: Basel-Stadt braucht einen Plan B, einen Plan, den man alleine umsetzen könnte, falls die Partner aus finanziellen oder anderen Gründen einen Rückzieher machen oder machen müssten.

Die SP-Fraktionen der beiden Basel setzen sich für eine gemeinsame Lösung, für klare Zeitpläne und eine sinnvolle geriatrische Behandlungskette ein und werden das Thema weiterhin beobachten. Wir sind gespannt darauf, was im April für Signale gesendet werden!

Salome Hofer, Grossrätin SP BS



AGENDA SP BASEL-STADT

Montag, 5. März

Partei Vorstandssitzung SP BS

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Mittwoch, 7. März

Roter Feierabend – die Nachfolge der Heubar

Consierge, Utengasse 28, 18.00 Uhr

Delegiertenversammlung

Nomination Grossrat

Sichtbar, Gundeldingerfeld, Dornacherstrasse 192, 20 Uhr

Sonntag, 11. März

Eidg. Abstimmungssonntag

Parolen: www.sp-bs.ch/parolen

Mittwoch, 14. März

Jahresversammlung SP Frauen

Quartiertreffpunkt QuBa, Bachlettenstrasse 12, Untergeschoss, 19 Uhr

Dienstag, 27. März

Jahres-Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt

Sichtbar, Gundeldingerfeld, Dornacherstrasse 192, 20 Uhr

IMPRESSUM

SP Basel-Stadt
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
T/F 061 685 90 20/29
sekretariat@sp-bs.ch, www.sp-bs.ch

SP Baselland
Rheinstrasse 17, Postfach, 4410 Liestal
T/F 061 921 91 71/68 71
info@sp-bl.ch, www.sp-bl.ch

JA ZUM GESETZ ÜBER DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG IM FRÜHBEREICH

Ein Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Bild Express

Seit über zehn Jahren ringt der Kanton Baselland um eine befriedigende Lösung im Bereich der familienergänzenden Betreuungsangebote. In einzelnen Gemeinden ist viel geschehen. Die Angebote reichen aber nicht aus. Das zeigt der kürzlich erschienene Familienbericht deutlich auf. Es gibt nach wie vor Gemeinden, die darauf setzen, dass Mütter zu Hause bleiben oder sich privat organisieren.

Berufstätigkeit

Oft bleibt den Frauen nichts anderes übrig, als ihre Berufstätigkeit aufzugeben. Das können sich unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft aber nicht leisten. Ein Grossteil der Frauen ist gut ausgebildet. Es ist ein wirtschaftlicher Unsinn, wenn auf ihr Wissen und ihre Arbeitskraft verzichtet wird und dafür Fachkräfte aus dem Ausland geholt werden müssen.

Der wirtschaftliche Druck, dass beide Elternteile zu einem existenzsichernden Einkommen beitragen müssen, steigt. Die Zahl der Familien, bei denen ein 100-Prozent-Einkommen nicht mehr zum Überleben der Familie ausreicht, nimmt zu. Besonders prekär ist die Lage für die Alleinerziehenden.

Familienpflichten

Immer mehr Väter nehmen heute ihre Verantwortung ihren Kindern gegenüber wahr. Das führt zu neuen Teilzeitarbeitsmodellen. Aber auch wenn beide Elternteile Teilzeit arbeiten, heisst das nicht, dass sie die Kinderbetreuung allein übernehmen können. Den Idealfall, dass immer eine Person zu Hause ist, gibt es kaum. Es braucht also auch in diesem Fall familienergänzende Kinderbetreuungsangebote.

Das Gesetz

Das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich verpflichtet die Gemeinden, Beiträge an die Kosten für die Benützung der Tagesbetreuung zu leisten. Die Eltern beziehen, falls sie die Voraussetzungen erfüllen, einen Gutschein, den sie für eine Betreuungseinrichtung (Kindertagesstätte oder Tagesfamilie) ihrer Wahl einsetzen können. Die Beitragshöhe wird im Gesetz festgelegt. Die Gemeinden haben einen gewissen Spielraum, das Minimum ist jedoch definiert. Ebenfalls definiert wird das massgebende Einkommen.

Der Kanton hat den Gemeinden 30 Prozent der ausgerichteten Beiträge an Erziehungsberechtigte zu erstatten. Denn auch der Kanton profitiert von den zu erwartenden Steuermehreinnahmen, wenn Frauen vermehrt arbeiten können.

Stolperstein

Leider wurde die Grundlage für die Beitragszahlungen im Landrat verändert. Davon betroffen sind vor allem Mittelstandsfamilien. Familien mit einem anrechenbaren Einkommen bis zu 60 000 Franken profitieren, solche mit höheren bis zu 94 000 Franken aber nicht. Im Gegenteil: Sie bezahlen zum Teil deutlich mehr als zum Beispiel in Basel-Stadt.

Das bedeutet, dass das Gesetz nachgebessert werden muss. Darum wird sich die SP-Fraktion kümmern.

JA zum Gesetz

Jetzt geht es darum, alles daran zu setzen, dass dieses Gesetz angenommen wird. Die familienergänzende Kinderbetreuung braucht endlich eine gesetzliche Grundlage! Und vor allem müssen die Gemeinden verpflichtet werden, aktiv zu werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

JA ZUR VERSELBSTÄNDIGUNG DER SPITÄLER

Ja zur Revision des Spitalgesetzes

Die Delegiertenversammlung der SP Baselland empfiehlt mit knappem Mehr der Verselbständigung der Baselbieter Kantonsspitäler zuzustimmen.

Dass deren Leitung unter einem Dach zusammengefasst werden muss, ist unbestritten. Die Vorlage sieht dafür die Bildung einer öffentlich-rechtlichen Gesellschaft vor. Die Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste bleiben somit in öffentlicher Hand. Allerdings wer-

den die Möglichkeiten der Steuerung durch die Politik deutlich reduziert. Bei einer Ablehnung der Vorlage ist zu befürchten, dass danach eine vollständige Privatisierung in einer AG angestrebt wird.

Dank den in der Landratskommission erreichten Verbesserungen kann das Personal mit mindestens gleichwertigen Arbeitsbedingungen wie bisher rechnen. Die Auslagerung in der vorliegenden Form ermöglicht es den Kantonsspitalern, im Umfeld der neuen Spitalfinanzierung und im Wettbewerb zu bestehen und den Qualitätsstandard auszubauen.

Regula Meschberger
Landrätin, Birsfelden



PAROLEN

Parolen der SP Baselland für den 11. März 2012

Kantonale Vorlagen:

JA zum FEB-Gesetz
JA zur Spitalauslagerung

Nationale Vorlagen:

JA zur Buchpreisbindung
NEIN zur Bauspar-Initiative
JA zur Initiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweiwohnungen»
JA zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle»
JA zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele

UMBAU KASERNENAREAL

Die Zeit ist reif – überreif

Die Initiative «Öffnung zum Rhein» hat wichtige Impulse zur Weiterentwicklung des Kasernenareals gebracht. Statt Stillstand, wie er während Jahrzehnten herrschte, besteht jetzt eine echte Chance zur Aufwertung dieses einmaligen Platzes.

Im Brennpunkt der Diskussionen steht der sogenannte Hauptbau der Kaserne gegen das Rheinufer hin. Dieser wird ab 2015 von den Schulen, die ihn heute nutzen, freigegeben. Damit werden viele mögliche Nutzungen für diesen attraktiven Raum denkbar. Gleichzeitig könnte ein altes Anliegen verwirklicht werden – die grosszügige Öffnung des Kasernenareals zum Rhein hin, damit es nicht als Riegel den Zugang aus der Stadt zum Rhein blockiert. Mit der Volksinitiative «Öffnung zum Rhein» hat das Komitee «Kulturstadt Jetzt» letztes Jahr diese Diskussionen neu belebt. Die von einem breit abgestützten Komitee lancierte Initiative wurde auch von der SP Basel-Stadt unterstützt.

Bekanntlich erheben unterschiedliche Interessensgruppen Anspruch auf das Kasernen-

areal. Am lautesten tut dies das Basel Tattoo, welches jeder baulichen Veränderung negativ gegenübersteht. Niemandem käme es in den Sinn, das Tattoo vom Kasernenareal vertreiben zu wollen. Doch es kann neben einem durchlässigen Kasernen-Hauptbau ebenso gut stattfinden wie heute, ohne an Atmosphäre einzubüssen.

Entwicklung statt Einzelinteressen

Nach dem Willen des Grossen Rates soll nun ein Architekturwettbewerb mögliche Lösungen aufzeigen, wie diese Öffnung zusammen mit dem Umbau aussehen könnte. Bis im September soll der Regierungsrat einen entsprechenden Kreditantrag stellen. Wenn der Grosse Rat im September 2012 diesem Kreditantrag zustimmt, wird die Initiative «Öffnung zum Rhein» zurückgezogen.

Damit leistet das Initiativkomitee seinen Beitrag zu einem guten Kompromiss, der unabhängig von Partikularinteressen die nachhaltige Entwicklung des Kasernenareals als einer der grössten und schönsten Plätze der Stadt ermöglicht. Es ist zu hoffen, dass die vom Grossen Rat beschlossene Seitenöffnung des



Seitliche Öffnung als erster Schritt zur besseren Anbindung an den Rhein: Kaserne Basel.

Areals mit Umweg zum Rhein nur ein erster Schritt ist – hin zur Öffnung und damit Aufwertung dieses städtischen Juwels mitten in Kleinbasel.

Patrik Aellig
Geschäftsführer der Initiative
«Öffnung zum Rhein»



GROSSRATSPRÄSIDENT 2012



Die Partei, das ungeliebte Wesen

Die meisten von uns haben den Satz schon mal gehört: «Die Partei, die mir entspricht, gibt es nicht.» Und wie haben wir reagiert? Haben wir unsere Partei verteidigt? Haben wir nicht vielmehr zu verstehen gegeben, dass auch wir mit ihr manchmal unsere liebe Mühe hätten? Falls es stimmt, dass einige von uns so reagieren, wie schlecht muss dann das Ansehen der Parteien in der breiten Bevölkerung sein?

Dabei bestreitet niemand die Notwendigkeit von politischen Parteien. Tatsächlich könnte unsere Demokratie nicht ohne sie organisiert werden. Selbst im kleinen Kanton Basel-Stadt und selbst bei der üblich tiefen Stimmbeteiligung könnten sich die 108 000 Stimmberechtigten nicht auf dem Marktplatz treffen.

Die Notwendigkeit der Parteien anzuerkennen heisst natürlich noch lange nicht sie zu lieben. Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons informieren sich über die Politik und die PolitikerInnen in den Medien. Dabei stellen sie Vergleiche mit anderen Ländern an. Dieser Vergleich fällt in aller Regel zu unseren Gunsten aus. Ob sich aus dem Vergleich mit anderen Staatswesen und der Abwesenheit von Skandalen eine heisse Liebe oder eine enthusiastische Begeisterung entwickelt, ist fraglich. Solche Gefühle braucht es aber auch nicht. Wie wäre es mit Wertschätzung und Vertrauen unseren Parteien gegenüber? Das würde reichen.

Daniel Goepfert

Wir von der SP Basel-Stadt gratulieren Daniel Goepfert ganz herzlich zu seinem ehrenvollen Amt als Grossratspräsident.

ROTES BASEL 2012!



Rückblick Parteiretraite

Ende Januar trafen sich rund 80 Mitglieder der SP BS zur Retraite unter dem Titel «Rotes Basel 2012!». Ausgangslage war mitunter die Wahlschlappe im letzten Herbst. Allerdings war diese nicht das zentrale Thema der Retraite, da entsprechende Analysen

bereits in verschiedenen Gremien gemacht worden sind. Vielmehr ging es darum eine Kehrtwende zu schaffen und eine neue Dynamik und Motivation im Hinblick auf einen erfolgreichen Wahlkampf 2012 in die Partei zu bringen.

Dank intensiven Diskussionen und fokussierter Arbeit haben die Teilnehmenden in zwei Tagen ein fundiertes Bild zur aktuellen politischen Situation in Basel, aber auch zu den Stärken und Schwächen unserer Partei geschaffen. Es wurden zudem klare thematische Stossrichtungen für den Wahlkampf herausgearbeitet und erste Ideen für Slogans und spannende Aktionen gesammelt. Sowohl die Qualität der Diskussionen wie auch das Engagement der Teilnehmenden waren hervorragend und liessen viel positive Energie spüren. Ein erster Schritt voller Motivation in Richtung «Rotes Basel 2012» ist getan!

Namens des OK bedanke ich mich für die grosse Teilnahme und die spannenden Tage. Ich freue mich gemeinsam mit euch allen auf einen lustvollen und überzeugenden Wahlkampf!

Toya Krummenacher